

## **Antrag**

**der Abgeordneten Krzysztof Walczak, Dr. Alexander Wolf, Dirk Nockemann,  
Olga Petersen, Thomas Reich und Marco Schulz (AfD)**

**Betr.: Aufklärung von Parteispenden aus dem Umfeld der Warburg-Bank im  
Parlamentarischen Untersuchungsausschuss „Cum-Ex-Steuerge-  
ldaffäre“ durch Erweiterung des Untersuchungsauftrages sicherstellen**

Bereits auf Drs. 22/1917 hat die AfD-Fraktion bei der Einsetzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses „Cum-Ex-Steuerge-ldaffäre“ gefordert, Parteispenden aus dem Umfeld der Warburg-Bank an SPD, CDU und FDP in den Blick zu nehmen und ausdrücklich zu einem Bestandteil des Untersuchungsauftrages zu machen. Mit Ausnahme der AfD-Abgeordneten haben alle anderen Abgeordneten dies in namentlicher Abstimmung abgelehnt.

Nun, rund ein Jahr später, liegen im Warburg-Parteispendenkomplex neue Erkenntnisse vor. Das „Hamburger Abendblatt“ berichtete am 30. September 2021, dass der SPD-Landesvorstand die Annahme mehrerer Spenden von M.M.Warburg beziehungsweise verschiedenen Gesellschaften aus dem Umfeld der Bank genehmigte. Besondere Brisanz erlangt dieser Sachverhalt dadurch, dass der derzeit noch amtierende Vorsitzende des PUA „Cum-Ex-Steuerge-ldaffäre“, Herr Mathias Petersen, laut „Stader Tageblatt“ vom 2. Oktober 2021 an mindestens zwei Sitzungen teilgenommen hat, bei der die Annahme dieser Spenden beschlossen wurde. Gegen den mutmaßlichen Marktender, dem die SPD diese Spenden zu verdanken hat, dem Ex-SPD-Bundestagsabgeordneten und früheren Vorsitzenden des SPD-Bezirksverbandes Hamburg-Mitte, Johannes Kahrs, wird derzeit staatsanwaltschaftlich ermittelt.

Dass es grundsätzlich keine gute Idee ist, wenn der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses ein etwaiges Fehlverhalten seiner eigenen Parteifreunde aufklären muss, hat die AfD-Fraktion bereits auf Drs. 22/2440 dargelegt und eine entsprechende Änderung des PUA-Gesetzes vorgeschlagen, die aber auch in diesem Falle von sämtlichen anderen Fraktionen, inklusive der Oppositionsfraktionen CDU und LINKE, abgelehnt wurde. Wenn jedoch der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses nun wie oben dargelegt direkt an Vorgängen beteiligt war, die für den vom Untersuchungsausschuss untersuchten Themenkomplex relevant sind, besteht die berechnete Sorge, dass dieser Ausschussvorsitzende seine Stellung ausnutzen könnte, um eine weitere Aufklärung des Warburg-Parteispendenkomplexes zu erschweren oder zu verhindern.

Seitens der SPD wurde bedauerlicherweise im PUA hierzu die Auffassung vertreten, dass Parteispenden nicht vom Untersuchungsauftrag erfasst seien. Insofern sollte die Bürgerschaft nunmehr durch eine Erweiterung des Untersuchungsauftrages für den PUA „Cum-Ex-Steuerge-ldaffäre“ endlich klarstellen, dass gerade die an die SPD geflossenen Spenden von Warburg und dem Warburg-Umfeld untersucht werden müssen und jeglicher Versuch, die Aufklärung dieses Sachverhalts zu behindern, einer Behinderung der Arbeit des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses gleichkommt. Es handelt sich hierbei um einen wesentlichen Bestandteil der Cum-Ex-Steuerge-ldaffäre, der aufgeklärt werden muss, um zu ergründen, ob ein Zusammenhang mit den Parteispenden an die SPD und dem Verhalten des SPD-geführten Senats und der ihr unterstehenden Finanzverwaltung besteht.

**Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft beschließen:**

Der Untersuchungsauftrag des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses „Cum-Ex-Steuergeldaffäre“ wird um folgenden Punkt erweitert:

Welche Rolle spielten die Parteispenden, die von der Warburg-Bank oder aus dem Umfeld der Warburg-Bank an die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) geflossen sind? Wurden Hamburger Politikern von der Warburg-Bank im Zusammenhang mit einer Verjährung von Steuerrückforderungen bewusst oder unbewusst Parteispenden in Aussicht gestellt?